Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9068**

14. Wahlperiode 15. 05. 2002

Antrag

der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Klaus Kinkel, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag spricht sich für die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen aus, das sich als Dokumentations-, Forschungs- und Begegnungsstätte sowie als Mahnmal versteht. Ziel des Zentrums ist es, über die Darstellung der Ursachen und Folgen von Vertreibungen in Deutschland und anderen Ländern deutlich zu machen, dass Deutsche und Europäer eine besondere Verantwortung tragen, Vertreibungen und das damit verbundene Leid der Betroffenen in Zukunft zu verhindern. Die Darstellung der in Deutschland vorhandenen kollektiven Erfahrung der Vertreibung ist dabei Ausgangspunkt für das Dokumentations- und Forschungszentrum. Vertreibung als individuelle Menschenrechtsverletzung bis zur zwangsweisen Umsetzung ganzer Völker muss in ihrem historischen Zusammenhang dargestellt und es müssen Strategien zu ihrer Vermeidung entwickelt werden.
2. Von der Vertreibung besonders betroffene deutsche und europäische Persönlichkeiten sollen Gelegenheit erhalten, an der Ausarbeitung des Konzepts für das Zentrum mitzuarbeiten. Die Beteiligung europäischer Partner wird angestrebt.
3. Der Deutsche Bundestag wird einen Grundstock der erforderlichen finanziellen Mittel für die Errichtung und die Grundausstattung des Zentrums gegen Vertreibungen bereitstellen. Außerdem müssen Konzepte entwickelt werden, die für den Träger des Zentrums einen Anreiz für Zustiftungen durch Dritte bieten. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Europäischen Union auch eine finanzielle Beteiligung der Partnerstaaten anzustreben.

Berlin, den 15. Mai 2002

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333